

Heinemann, Noah; Mölling, Christian; Schütz, Torben

Research Report

Bedarf von 700 Milliarden Euro: Was unsere Verteidigung bis 2040 kostet

Fachtexte: Hintergrundpapier

Provided in Cooperation with:

Dezernat Zukunft - Institute for Macroeconomics, Berlin

Suggested Citation: Heinemann, Noah; Mölling, Christian; Schütz, Torben (2025) : Bedarf von 700 Milliarden Euro: Was unsere Verteidigung bis 2040 kostet, Fachtexte: Hintergrundpapier, Dezernat Zukunft e.V., Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/317064>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/>

Bedarf von 700 Milliarden Euro

Was unsere Verteidigung bis 2040 kostet



Noah Heinemann, Christian Mölling,
Torben Schütz



26.03.2025

Executive Summary

Dieses Papier schätzt die Finanzbedarfe der Bundeswehr nach dem NATO Defence Planning Process (NDPP) 2025. Es sind Investitionen in Höhe von 470 Milliarden Euro nötig, ergänzt durch Betriebskosten. Unsicherheiten in der transatlantischen Bündnistreue und höhere NATO-Anforderungen in Höhe von etwa 230 Milliarden Euro machen einen signifikanten Anstieg der Verteidigungsausgaben erforderlich. Deutschland müsste 2,6–2,7 Prozent des BIPs für Verteidigung ausgeben, um diese Anforderungen zu erfüllen.

#VERTEIDIGUNG

#INVESTITIONEN

#UPDATE

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Wie hoch sind die Finanzbedarfe für die Bundeswehr?	4
Zeithorizont des Aufwuchses	4
Was kann abfließen?	5
3. Verständnis von einer gemeinsame Zielgröße	6

1. Einleitung

Unser Beitrag soll die bisherigen Analysen um die Verteidigungsfinanzierung vertiefen und mit einer belastbaren Zahlenbasis anreichern. Klar definierte Annahmen tragen dazu bei, die Finanzplanung und strategische Ausrichtung der Verteidigungspolitik effektiv zu unterstützen.

Zusätzlich zum in der [Studie des Dezernat Zukunft \(2024\)](#) festgestellten Bedarf ergibt sich ein Mehrbedarf, da die nationale Ausplanung im NATO Defence Planning Process zusätzliche Fähigkeiten für die gesamte Allianz identifiziert hat, die über die bisherige Planung hinausgehen. Die Details dieser nationalen Ausplanung sind nicht komplett und nur vergleichsweise ungenau öffentlich. Daher ist das Ergebnis der folgenden Berechnung ungenauer als die Ergebnisse der Studie vom September. Nichtsdestotrotz haben wir, auch durch den Austausch mit involvierten Personen, ein hohes Vertrauen in die ermittelte Gesamtzahl.

Darüber hinaus haben sich mit den wachsenden Zweifeln an der Bündnistreue der USA zur NATO vermehrt Stimmen in Europa für mehr militärische Autonomie starkgemacht. Sollte Europa die NATO mehr „europäisieren“ bzw. beginnen, US-Beiträge zu ersetzen, kämen diese noch hinzu. Wir haben dabei angenommen, dass Deutschland – wie in der NATO – einen Beitrag gemäß seines Anteils am BIP der NATO-Europäer erbringen würde. Bekannt ist ungefähr, was die USA an Kampftruppen für einen Krieg in Europa eingeplant haben, weniger bekannt welche „Enabler“-Fähigkeiten, von Aufklärung bis Luftbetankung. Wir haben als Ersatz für Letztere derzeit in Europa stationierte Systeme genutzt, die oft in diese Kategorie fallen. Trotzdem ist die Unsicherheit dieser Zahlen größer als die der vorhergenannten.

2. Wie hoch sind die Finanzbedarfe für die Bundeswehr?

In Preisen von 2025 ergibt sich ein Gesamtinvestitionsbedarf für die Bundeswehr von ca. 430 Milliarden Euro. Ungefähr 38 Prozent dieses Bedarfs ergeben sich aus den neuen NDPP-Anforderungen 2025, während sich rund 48 Prozent aus dem bereits bestehenden Bedarf zur weiteren Ausstattung der Bundeswehr ergeben. Der Rest (14 Prozent) entfiel auf den etwaigen Ersatz von US-Truppen. Ungefähr 30 Milliarden Euro dieses Bedarfs sind bereits jetzt aus dem Sondervermögen Bundeswehr gedeckt.

Inflationsbereinigt (Annahme: 2 Prozent Inflation p.a.) ergibt sich ein Gesamtinvestitionsbedarf für die Bundeswehr von ca. 470 Milliarden Euro für die nächsten 15 Jahre, wovon ca. 70 Milliarden Euro durch das bereits bestehende Sondervermögen gedeckt werden. Darüber hinaus verursachen die zusätzlich geplanten Beschaffungen Betriebs- und Personalkosten, die in diesem Zeitraum weitere ca. 230 Milliarden Euro ausmachen.

Auf den Zeitraum bis 2035, den wir hier besonders betrachten, entfallen bei linearem Ausgabeverhalten Investitionen in Höhe von rund 330 Milliarden Euro. Abzüglich der Verausgabung des aktuellen Sondervermögens bis voraussichtlich 2028 sowie verbliebenen Investitionsanteilen im Einzelplan 14 (Annahme Investitionen in Höhe von 4 Milliarden Euro p.a. werden konstant gehalten) bleibt bis 2035 ein Restbedarf von ca. 216 Milliarden Euro. Hinzu kommen durch diese Beschaffungen notwendige Personal- und Betriebskosten bis 2035 in Höhe von ca. 150 Milliarden Euro. Dieses Problem stellt sich bei einem erneuten Aufwuchs der Verteidigungsausgaben besonders stark im Vergleich zum Sondervermögen Bundeswehr, da dieses größtenteils Modernisierung finanzierte, ein neues Ausgabenprogramm jedoch

auch den Aufwuchs der Bundeswehr finanzieren würde.

Gleichzeitig bleibt es damit notwendig, auch wachsende Betriebskosten sowie den angestrebten Personalaufwuchs der Bundeswehr aus dem Haushalt zu finanzieren. Da dieser nur schwer jährlich zu prognostizieren ist, nehmen wir an, dass das in den NDPP-Zielen angestrebte Ziel von 50 Prozent mehr Personal (270.000 statt 181.500 Soldat:innen) realisiert wird.

Das Szenario der alternativen Finanzierung der Verteidigungsausgaben bzw. explizit des Einzelplans 14 über den Bundeshaushalt erbringt folgende Zahlen: Verteidigungsausgaben in einer Höhe von ca. 2,6-2,7 Prozent des BIPs sollten, selbst bei nur langsam wachsender Wirtschaft (Annahme: 1 Prozent reales Wirtschaftswachstum) die dargelegten Finanzierungsbedarfe der Bundeswehr – sowohl was Betrieb und personellen Aufwuchs, als auch Modernisierung und Ausstattung angeht – hinreichend finanzieren.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der hier angenommene personelle Aufwuchs wahrscheinlich nicht so zügig erfolgen kann, und deshalb weitere Mittel für Investitionen zur Verfügung stünden, Infrastrukturinvestments in Betriebskosten inkludiert.

Diese aktualisierte Schätzung unterscheidet sich damit von derjenigen im September um ca. 0,3 bzw. 0,4 Prozent des BIP.

Zeithorizont des Aufwuchses

Die NATO plant im NDPP bis 2044. In Anbetracht der Unabwägbarkeiten der sicherheitspolitischen Lage, sowie der stetig wachsenden Unschärfe längerfristiger Projektionen sind alle Angaben hier bis 2039 gerechnet. Dabei wird ein weitgehend lineares Wachstum angenommen: Deutschland erfüllt 34 Prozent der NDPP-

Anforderungen 2025-2029, sowie weitere 33 Prozent im Zeitraum 2030-2024 und die letzten 33 Prozent zwischen 2035-2039. Damit ist der „Anstellwinkel“ entgegen einer komplett gleichmäßigen Projektion bis 2044 künstlich erhöht.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Betrachtung noch keine Engpässe im Sinne der Personalplanung oder der Lieferfähigkeit der Industrie enthält.

Was kann abfließen?

- **Industrie:** Ohne genaues Fitting von Bedarf und Produktionskapazität der Industrie, auf die Deutschland Zugriff hat, ist dies nur schwer zu sagen. Letztere Daten liegen nicht öffentlich vor. Grob geschätzt und nur mit Bezug auf die deutsche Industrie: Die deutsche Verteidigungsindustrie erzielt einen Umsatz von 30 Milliarden Euro im Jahr, der oben berechnete jährliche Investmentetat der nächsten Jahre läge zwischen ca. 27 und 36 Milliarden Euro p.a. Rechnet man die Importe raus, die zwangsläufig in einigen traditionellen Abhängigkeitsbereichen Deutschlands von ausländischen Lieferanten stattfinden werden, scheint dies prinzipiell nicht unmöglich. Es bleibt die Frage der momentanen Auslastung der Industrie, ihrer Produktionsausweitung, der Passgenauigkeit von Bedarf und Kapazität, sowie üblicher anderer Faktoren wie Stabilität der Lieferketten, Personalfrage in der Industrie, etc.
- **BMVg/Bundestag/Bundeswehr:** Das Beschaffungssystem bewältigt zurzeit 25 Millionen Vorlagen mit weit höheren Summen, und arbeitet aktuell durch den Abfluss des Sondervermögens

Bundeswehr mit Investitionsvolumina von ca. 22 Milliarden Euro p.a. (2024). Zugleich fließt nicht alles Geld ab, in 2024 offenbar ca. 4,36 Milliarden Euro, nach Angaben des BMVg aufgrund industrieseitiger Verzögerungen. Dennoch scheint es wahrscheinlich, dass Bundeswehrbeschaffung und Bundestag keinen grundlegenden Engpass bilden würden.

- **Personal:** Der größte Unsicherheitsfaktor in der Umsetzung der NDPP-Vorgaben ist das Personal. Ein Aufwuchs auf 270.000 aktive Soldat:innen wird, in Anbetracht der ernüchternden Erfahrungen in Rekrutierung und Halten von Personal der letzten Jahre, ohne Wehrpflicht nur sehr unwahrscheinlich umsetzbar sein. Selbst dann bleiben Fragen hinsichtlich Infrastruktur (Musterung, Kasernen, Übungsplätze) und Ausbildungskapazitäten für dieses neue Personal bestehen.

Sofern bestehende und bereits genutzte und geplante Systeme angeschafft werden, was in Anbetracht der verkürzten Zeithorizonte sinnvoll erscheint, und sich bei noch nicht vergebenen Aufträgen traditionelle Beschaffungsmuster durchsetzen, würden ca. 75 Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens in Deutschland verbleiben.

Eine erhöhte Importquote von 25 Prozent gegenüber dem historischen Mittel der letzten anderthalb Jahrzehnte (2012-2021: 14 Prozent) ergibt sich aus den massiv steigenden Anforderungen an bestimmte Bereiche mit hoher Importquote, allen voran der Luftverteidigung der Bundeswehr, die für Wirkung auf große Reichweiten an den Import von US-amerikanischen Patriot-Systemen gebunden ist.

3. Verständnis von einer gemeinsame Zielgröße

Die sicherheits- und verteidigungspolitische Debatte vor den Bundestagswahlen wurde durch mehrere abweichende Angaben zu erforderlichen Verteidigungsausgaben bestimmt. Während die neuartige Forderung von US-Präsident Trump nach Verteidigungsausgaben in Höhe von 5 Prozent des BIP als rhetorische Verhandlungsposition und als unrealistisch, betrachtet werden muss, platzierte sich eine weitere Forderung nach 3,5 Prozent im Diskurs. Wirtschaftsminister und Grünen-Spitzenkandidat Robert Habeck stellte diese Zahl als neue Anforderung an den deutschen Verteidigungshaushalt in den Raum, da sie „**derzeit in der Nato als mittelfristiges Ziel diskutiert**“ werde. **Unterstützung** erfuhr diese Angabe dabei von zahlreichen Ökonomen, ohne dabei jedoch auf konkrete Berechnungen hinzuweisen. Zuletzt vermeldeten mehrere Medien nach Information der Deutschen Presse-Agentur, dass die interne Planung der NATO auf Berechnungen beruhe, welche eine **Allokation von mindestens 3,6 Prozent des BIP** für Verteidigung erfordere. Auch hier fehlen jedoch weitere Erläuterungen, wie genau diese Zahlen zustande kommen. Verteidigungsminister Boris Pistorius deutete derweil darauf hin, dass 2 Prozent nicht ausreichen und man sich mehr an dem Ziel orientieren müsse, die militärischen Fähigkeiten der NATO zur Verfügung zu stellen – selbst, wenn dies **Verteidigungsausgaben in Höhe von 3 Prozent des BIP** erfordere.

In einem Interview im November 2024 erläuterte General Christian Badia, als stellv. Oberbefehlshaber des Allied Command Transformation (ACT) ranghöchster deutscher Soldat der NATO, dass Verteidigungsausgaben von 2 Prozent des BIP als notwendiges Minimum gelten, um auch die neuen Anforderungen zu erreichen. Jedoch müsste sich der Verteidigungshaushalt in „**Richtung drei Prozent**“ bewegen,

wenn Staaten dieses Minimum in den letzten Jahren nicht erreicht und damit vorerst militärische Fähigkeitslücken zu schließen haben. Bei Betrachtung der Entwicklung der Verteidigungsausgaben von NATO-Mitgliedsstaaten seit 2014 träfe dies auf die große Mehrheit der Staaten – inkl. Deutschland – zu.

In einem ähnlichen Rahmen bewegt sich die ausführliche Analyse von Prof. Jürgen Schnell, Militärökonom an der Universität der Bundeswehr in München: Während für Deutschland und die Bundeswehr die neuen NATO-Verteidigungspläne mindestens 2,6 Prozent des BIP voraussetzten, bewege sich der notwendige Verteidigungshaushalt bei einem Personalaufwuchs auf 203.000 Soldaten bei 3 Prozent. Ein weiterer Aufwuchs auf 270.000 Soldaten benötige sogar konstante Ausgaben in Höhe von 3,5 Prozent, während die Herstellung einer „**gesamtgesellschaftliche[n] Kriegstüchtigkeit**“ sogar 5 Prozent des BIP voraussetze.

Die Unterschiede dieser im Vergleich mit den anderen erwähnten Zahlen sehr konkreten Studien ergeben sich aus einem höheren Investitionsvolumen p.a., das Professor Schnell annimmt. Leider liefert er keine detaillierten Angaben welches Material o.ä. dabei gemeint ist.

Methodik

Methodisch operiert die vorliegende Studie mit Daten und Zielbildern, welche die bisherigen NATO-Anforderungen an die deutsche Bundeswehr betreffen, als auch mit begründeten Annahmen, um die gestiegenen Anforderungen der NDPP-2025-Planungen abzubilden. Basierend auf einer vorherigen Studie aus dem Spätsommer 2024, welche die militärischen Fähigkeitsprofile der NATO auf die deutsche Bundeswehr bis ins Jahr 2035 projizierte, ergeben sich nicht nur bereits ein konkreter Finanzierungsbedarf, sondern auch detaillierte Zielbilder der

einzelnen Teilstreitkräfte, samt Material, Personal und Betrieb.

Diese Studie verwendet nun diese Grundlage und addiert die neuen militärischen Anforderungen der NATO, wie oben beschrieben, zu den bereits bekannten Fähigkeitsprofilen. Da in der öffentlichen Berichterstattung jedoch keine konkreten Zahlen für einzelnen Länder zugänglich sind, operiert die Studie in bestimmten Fähigkeiten mit der zentralen Annahme, dass die Bundeswehr weiterhin 9,28 Prozent der militärischen Fähigkeiten innerhalb der NATO bereitstellt.

Allgemeine und offen kommunizierte Angaben zum benötigten Gesamtaufwuchs der NATO von Kampfbrigaden, Kampf- und Schützenpanzern, Hubschraubern sowie Artillerie- und Luftverteidigungssystemen lassen sich somit präzise auf Deutschland herunterbrechen. Dabei wurde angenommen, dass die Bundeswehr den Mehrbedarf mit ihrer bestehenden qualitativen Zusammensetzung des Fähigkeitsprofils aus militärischen Geräten abbildet und somit das relative Verhältnis von Systemen zueinander konstant bleibt. Da die Bundeswehr zudem die notwendigen Fähigkeiten für ein zusätzliches Divisions-Hauptquartier sowie zur Unterstützung eines Korps stellen muss, wurden zusätzliche Divisions- und Korps-Kapazitäten addiert, welche im Zielbild des Heeres für die Erreichung der bisherigen NATO-Ziele vorgesehen waren. Dies umfasst vor allem Artillerie-, Aufklärungs-, Fernmelde- und Pionier-Fähigkeiten.

Des Weiteren wurde auf Basis qualitativer Gespräche die Annahme vorgenommen, dass alle weiteren militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr um circa 30 Prozent steigen müssen. Dies betrifft vor allem Logistik, Sanität, C4ISR und Munition, wo die bekannten Bedarfe entsprechend erhöht wurden. Einen Aufwuchs um 30 Prozent haben zudem die Fähigkeiten der Marine und Luftwaffe im Vergleich zu ihren bisherigen 2035-Zielbildern erhalten, wobei erneut

die relative Zusammensetzung der Fähigkeitsprofile beibehalten wurde. Ausgeschlossen davon wurden Systeme, die zeitnah das Ende ihrer Nutzungsdauer erreichen und dementsprechend durch neue Plattformen ersetzt werden.

Im Rahmen eines möglichen Rückzugs von militärischen Fähigkeiten der USA aus der NATO wurde angenommen, dass Deutschland ca. 18 Prozent der zu ersetzenden Kapazitäten (6 Divisionen der US Army), anteilig am BIP der NATO-Europäer, stellen müsse. Dies erfordert somit die Aufstellung einer weiteren Panzerdivision der Bundeswehr, deren Materialzusammensetzung entlang bestehender Formationen erstellt und berechnet wurde. Des Weiteren müsste die Bundeswehr 18 Prozent der aktuell in Europa stationierten „enabler“ der US-Streitkräfte (Intelligence, Surveillance, Reconnaissance, Luftbetankung, etc.) ersetzen. Dabei wurden militärische Systeme gewählt, welche einen möglichst hohen Deckungsgrad zu den US-Äquivalenten darstellen – was aufgrund der europäischen rüstungsindustriellen Kapazitäten jedoch nicht in allen Bereichen vollständig möglich ist und nur eine Annäherung an die Fähigkeitsprofile der USA darstellen kann.

Alle Daten zu den benötigten Finanzvolumina bei der Beschaffung der militärischen Systeme beruhen auf den bisher bekannten Beschaffungsvorhaben der vergangenen Jahre, deren Kostenstruktur extrapoliert wurde. Falls diese nicht zugänglich waren oder es sich um neue Systeme ohne bisherige deutsche Beschaffung handelt, die bisherige Plattformen ersetzen, wurden Beschaffungspreise europäischer NATO-Verbündeter angenommen. Alle Preise wurden zudem an die zu erwartende Inflation innerhalb eines realistischen Beschaffungs-Zeitrahmens angepasst.

Hinsichtlich der Entwicklung des BIP wurden die Einschätzungen der Bundesregierung zum Gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial und zur Konjunkturkomponente vom April 2024 genutzt, und nach deren Ende mit 1

Prozent realem Wirtschaftswachstum p.a. weiterprojiziert. Die Inflation wurde mit 2 Prozent p.a. angenommen.

10 Prozent der Verteidigungsausgaben wurden als „sonstige Verteidigungsausgaben“

gerechnet, was dem langjährigen historischen Mittel entspricht, auch wenn dieser Wert gerade – besonders durch die Hinzurechnung der Ukraineunterstützung – bei ca. 20 Prozent liegt.

Dezernat Zukunft ist eine überparteiliche Vereinigung, die Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik verständlich, kohärent und relevant erklären und neu denken will. Dabei leiten uns unsere Kernwerte: Demokratie, Menschenwürde und breit verteilter Wohlstand.



www.dezernatzukunft.org



@DezernatZ

Diese Arbeit wurde unterstützt von Open Society Foundations, der William & Flora Hewlett Foundation und Open Philanthropy.

Impressum

Veröffentlicht durch:

Dezernat Zukunft e.V.,
Chausseestraße 111, 10115 Berlin
www.dezernatzukunft.org

Vorstand

Dr. Maximilian Krahé, Janek Steitz, Dr. Maximilian Paleschke

Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg

Vereinsregisternummer 36980 B

Inhaltlicher Verantwortlicher nach §18 MstV: Dr. Maximilian Krahé

Herausgeber:

Dr. Maximilian Krahé, Berlin
E-Mail: max.krahe@dezernatzukunft.org

Design:

Burak Korkmaz

Diese Arbeit von Dezernat Zukunft ist lizenziert unter der CC BY-NC 4.0



Die Inhalte können mit klarer Kennzeichnung der Quelle und, sofern angegeben, unter Angabe des Autors bzw. der Autorin verwendet werden.